

Bundestagsabgeordnete und Menschenrechtler/innen fordern Abschiebungsschutz für Roma

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg bei den Erstunterzeichnern

Zum heutigen Internationalen Tag der Roma, fordern prominente Bundestagsabgeordnete und Menschenrechtler/innen einen Abschiebungsschutz für Roma aus dem Kosovo.

Bereits vergangenen Herbst hatte der Flüchtlingsrat gemeinsam mit Diakonie und Caritas für die etwa 1.200 Roma in Baden-Württemberg, die nur eine Duldung besitzen und konkret von Abschiebung in den Kosovo bedroht sind, eine Petition beim baden-württembergischen Landtag eingereicht. Dennoch finden seit Ende letzten Jahres jeden Monat Charterabschiebungen vom Baden-Airpark Söllingen in den Kosovo statt.

Der heute von den Initiatoren veröffentlichte Osterappell 2010 findet die volle Unterstützung des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg. „Wir fordern ein bedingungsloses Bleiberecht für diese von Diskriminierung und Übergriffen bedrohte Minderheit“, so Angelika von Loeper, Vorsitzende des Flüchtlingsrates, die gleichzeitig ihrer Hoffnung Ausdruck verleiht, dass mit dem heute veröffentlichten Oster-Appell 2010 endlich auch die Bundesregierung einlenkt, die von vielen internationalen Organisationen beschriebene bedrohliche Lage der Roma ernst nimmt und Abschiebungen umgehend einstellt.

gez. Angelika von Loeper

1. Vorsitzende

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Rückfragen gerne an:

Angelika von Loeper

Tel.: 0721 464729-046

E-Mail: vonloeper@fluechtlingsrat-bw.de

Nachfolgend die heutige Presseerklärung der InitiatorInnen, anliegend der Appell im Wortlaut.



Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e. V.
Gemeinnützig anerkannt

vormals
Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg

Geschäftsstelle:
70182 Stuttgart
Urbanstr. 44
Fon: 0711-55 32 834
Fax: 0711-55 32 835
E-Mail:
info@fluechtlingsrat-bw.de
Internet:
www.fluechtlingsrat-bw.de

Spendenkonto:
BW-Bank
Kto. Nr. 3517930
BLZ 600 501 01

Registergericht
Stuttgart VR 4666



Gefördert durch die
Europäische Union



„Zum 08. April den Internationalen Tag der Roma erklären Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling, ehemaliger Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina und internationaler Streitschlichter und Claudia Roth Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen:

Die Situation der Roma in Europa bleibt dramatisch. Zehn Jahre nach einem großen gemeinsamen Appell der Fraktionen des Deutschen Bundestages möchten wir an diesen Aufruf anknüpfen und dringend dafür plädieren, die Roma aus dem Kosovo vor Abschiebungen zu schützen und den Flüchtlingsfamilien endlich einen rechtmäßigen Aufenthalt aus humanitären Gründen zu erteilen. Wir kritisieren die massiven Vorbereitungen der deutschen Behörden, den Abschiebestopp von 10.000 Roma aus dem Kosovo aufzuheben. Eine solche Maßnahme lehnen wir aufgrund unserer humanitären Verpflichtungen ab.

Die Situation im Kosovo hat sich nach dem Krieg für die Minderheiten immer noch nicht grundlegend verändert. Noch immer droht den Roma im Kosovo und in anderen Regionen des Balkans Anfeindung und Diskriminierung. Eine Rückkehr in Würde ist nicht möglich. Außerdem sind viele in die Bundesrepublik geflohene Roma bei uns mittlerweile gut integriert - obwohl ihnen jahrelang ein Aufenthaltstitel verwehrt blieb. Diese bereits angelaufenen Abschiebungen zerstören den Zusammenhalt und das Glück vieler Familien, sie zerstören die beruflichen Perspektiven besonders der jungen Leute, für die diese Abschiebung die erste Vertreibung ihres Lebens ist.

Die Roma werden seit sechs Jahrhunderten in allen Ländern Europas benachteiligt, ausgegrenzt, diskriminiert und verfolgt. Die Verfolgung erreichte einen grausamen Höhepunkt mit dem Holocaust, als die Nationalsozialisten 500.000 Sinti und Roma in Konzentrationslager deportierten und ermordeten.

Als ethnische Minderheit mit eigener Geschichte und Kultur leben sie heute in vielen Staaten Europas am Rande der Gesellschaft. Die massive Arbeitslosigkeit, die mangelnde Bildung und der eingeschränkte Zugang zum Gesundheitswesen sind bislang große ungelöste Probleme. Die Integrationsangebote vieler Regierungen in Europa sind äußerst mangelhaft.

Setzen auch Sie sich für ein Bleiberecht der Roma aus dem Kosovo in Deutschland ein! Unterstützen Sie die Forderungen des Osterappells 2010!

Dieser Appell ist an den Bundesinnenminister, die Ministerpräsidenten der Länder, die Innenminister der Länder gerichtet worden.“